



Gemeinschaft leben.

Jahresbericht 2016/2017



Gemeinschaft leben.
Individualität achten.
Anstöße geben.

Jahresbericht 2016/2017

Unser Leitbild

Der AGJ-Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e. V. ist ein Fachverband der katholischen Kirche und Teil der Caritas.

Auftrag und Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gründen im Sendungsauftrag Jesu. Der katholischen Soziallehre entsprechend setzt sich der Verband für die Rechte und die Würde des Menschen ein.

Der AGJ-Fachverband ist eine Dienstgemeinschaft im Sinne der Caritas. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemühen sich um einen respektvollen Umgang miteinander und streben konstruktive Konfliktlösungen an.

Der Leitungsstil ist transparent und partizipativ.

In den einzelnen Aufgabenbereichen bieten die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Hilfe suchenden Menschen Begegnung und Hilfe an, die den anderen in seiner Einzigartigkeit und Andersartigkeit akzeptieren.

Die Hilfe ist teilhabeorientiert. Sie orientiert sich an den Möglichkeiten und Ressourcen der Hilfe suchenden Menschen, stärkt ihr Vertrauen in das Leben, fördert ihre eigenen Fähigkeiten und soll bewirken, dass sie ihre individuellen und sozialen Lebensmöglichkeiten besser wahrnehmen und verwirklichen können.

Der AGJ-Fachverband bezieht im staatlichen, gesellschaftlichen und kirchlichen Raum Position für Hilfe suchende Menschen und wirkt an der Gestaltung des Sozialstaates im Hinblick auf eine gerechte Verteilung von Lebenschancen mit.

Alle Einrichtungen des Verbandes arbeiten auf der Grundlage eines internen Qualitätsmanagementsystems. Zielsetzung ist die kontinuierliche Überprüfung und Verbesserung aller Leistungsangebote.

Vorwort	6
Gemeinschaft und Teilhabe	8
Finanzen	10
Anvertrauensschutz	14
Der Verband	16
Referat Suchthilfe	22
Referat Wohnungslosenhilfe	26
Referat Prävention	30
PVD Zweckbetrieb	34
Helfen Sie uns helfen	38



Impressum

Herausgeber: AGJ-Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e. V.
79102 Freiburg, Oberau 21

Redaktion und Gestaltung: Corinna Tilp

Verantwortlich: Achim Noefer und Anne-Kathrin Hummel

Konzeption: CPoffice, Sabine Reissner

Die abgedruckten Fotos werden mit Genehmigung der Autoren/-innen und der abgebildeten Personen verwendet. Sie stammen aus Einrichtungen des AGJ-Fachverbandes, aus den Bilddatenbanken Shutterstock, Colourbox und Fotolia sowie aus dem Projekt Stromsparcheck Plus.

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,



der vorliegende Jahresbericht ist der erste nach unserem neuen Konzept. Beginnend mit den Jahren 2016 und 2017 informieren wir nun in zweijährlichem Rhythmus. Geändert wurde aber nicht nur die Frequenz, sondern auch die inhaltliche Gestaltung: Wir berichten künftig verstärkt themenorientiert – neben den gewohnten Zahlen und Informationen zu unserem Verband und unseren einzelnen Arbeitsbereichen. Wir freuen uns, Ihnen den ersten derartigen Bericht zu präsentieren. Die beiden Themenschwerpunkte sind: Gemeinschaft sowie der Anvertrauensschutzes in unserem Verband.

Im Jahr 2017 wurde im AGJ-Verband ein Strategieprozess angestoßen: Ausgehend von einer Chancen- und Risikoanalyse wurden strategische Ziele entwickelt und Maßnahmen erarbeitet. Bereits im Jahr 2016 war die Erstellung eines „Risiko-Atlas“ in Angriff genommen worden. Hierfür wurden wesentliche Risikobereiche des Verbandes identifiziert und entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Diese und andere Prozesse wurden zusammengeführt und dienen als Grundlage für die Umsetzung weiterer – insbesondere bereichsübergreifender – Strategien auf allen Ebenen des Verbandes.

Ebenfalls ein wichtiges Thema war in den vergangenen beiden Jahren der Brandschutz. Es wurden erhebliche Erhaltungsinvestitionen getätigt, auch um die vorgeschriebenen Brandschutzaufgaben zu erfüllen. Ende 2017 war der größte Teil dieser Herausforderung geschafft.

Ein Großteil unserer ambulanten Angebote ist zuwendungsfinanziert und befindet sich durch die so genannten „Freiwilligkeitsleistungen“ überwiegend in einer prekären finanziellen Situation. Die Grundfinanzierung konnte durch gezielte Verhandlungsführung verbessert werden; zu deren nachhaltigen Sicherung wurden vertragliche Regelungen getroffen. Die kommunalen Verwaltungen bestätigten die Wichtigkeit, Zuverlässigkeit und Qualität unserer Angebote, sodass wir erste erfreuliche Verbesserungen erzielen.

Im Bereich unserer Reha-Kliniken kam es in den vergangenen Jahren zu überdurchschnittlichen Pflegesatzerhöhungen. Als Gründe hierfür sehen wir die qualitativ sehr gute Leistungserbringung sowie unsere erfolgreiche Verhandlungsstrategie. Diesen Erfolg nachhaltig zu sichern, ist eine der Herausforderungen für die kommenden Jahre. Dabei kommt uns die veränderte Steuerpolitik der Rentenversicherung entgegen: Den Kliniken wird wesentlich mehr Spielraum eingeräumt, was ihr Profil betrifft.

Das Jahresgesamtergebnis der beiden Berichtsjahre unterscheidet sich stark. Maßgeblichen Einfluss darauf hatte eine hohe Rückzahlung der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse (KZVK).

„Gemeinschaft leben. Individualität achten. Anstöße geben“. Wir greifen das Motto unseres Verbandes auf und betrachten in diesem Bericht den Aspekt „Gemeinschaft leben“ aus unterschiedlichen Perspektiven. Auf den folgenden Seiten finden Sie Aspekte und Beispiele, bei denen diese Orientierung in unseren Einrichtungen und Diensten spürbar wird: therapeutische Gemeinschaft, Stärkung der Selbsthilfe, Sozialtrainings mit Kindern und Jugendlichen, Partizipationsprojekte, Eingliederung langzeitarbeitsloser Menschen. Mit diesen Angeboten unterstützen wir Menschen dabei, den Platz in der Gesellschaft zu finden, der ihnen das gewünschte Maß an Partizipation und die Möglichkeit bietet, sich entsprechend ihren Anlagen, Fähigkeiten und Bedürfnissen entwickeln zu können.

Einen weiteren Schwerpunkt legen wir auf die Entwicklungsprozesse zum Thema Anvertrauensschutz. Der AGJ-Fachverband möchte ein sicherer Ort für Klientinnen und Klienten, Patientinnen und Patienten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Ausgehend vom Präventionsgesetz der Erzdiözese Freiburg wurden Materialien, Strukturen und Schulungen entwickelt, die wir Ihnen vorstellen wollen.

Wir danken allen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Verbandes, den Verantwortlichen im Erzbischöflichen Ordinariat, im Caritasverband der Erzdiözese Freiburg, im Deutschen Caritasverband, in den Städten und Kommunen, in denen unsere Einrichtungen angesiedelt sind, bei den entsprechenden Kosten- und Leistungsträgern, im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg sowie der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg.

Mit herzlichen Grüßen

Achim Noefer
Vorstandsvorsitzender

Anne-Kathrin Hummel
Vorstand



Gemeinschaft und Teilhabe

Gemeinschaft leben

Dienstgemeinschaft

Das Prinzip der Dienstgemeinschaft ist ein grundlegendes Merkmal zur Begründung des arbeitsrechtlichen Sonderwegs in Kirche und Caritas: Dienstgeber und Mitarbeiter/-innen bilden eine Dienstgemeinschaft und tragen so gemeinsam zur Erfüllung der Aufgaben der Einrichtung bei. Die Ausgestaltung der Dienstgemeinschaft ist Angelegenheit von Dienstgeber und Mitarbeitern/-innen. Hierzu bedarf es kontinuierlicher Bemühungen von allen Beteiligten.

Zur Konkretisierung der Dienstgemeinschaft im AGJ-Fachverband haben Dienstgeber und Mitarbeiter/-innen in partizipativen Entwicklungsprozessen zunächst ein Leitbild und danach Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit erarbeitet. Im Leitbild werden ein transparenter und partizipativer Führungsstil und der respektvolle Umgang der Mitarbeiter/-innen miteinander postuliert. Die Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit konkretisieren die Führungsverantwortung der Vorgesetzten und die Handlungsverantwortung der Mitarbeiter/-innen. Von besonderer Bedeutung sind eine wertschätzende wechselseitige Kommunikation, die konstruktive Bewältigung auftretender Konflikte und die klare Festlegung von Aufgabenbereichen und Verantwortlichkeiten. Weitere Elemente zur Förderung der Dienstgemeinschaft bilden das Konfliktmanagement und die jährlich stattfindenden Mitarbeitergespräche, die regelmäßigen Besprechungen in den Teams, die Leiter tagungen und Fortbildungen zur Vertiefung und Reflexion der im Leitbild und in den Grundsätzen für Führung und Zusammenarbeit beschriebenen Aspekte der Dienstgemeinschaft.

Die Gemeinschaft mit anderen, ob in der Gruppentherapie, bei den gemeinsamen Mahlzeiten oder außerhalb ihres Therapieprogramms, erleben viele Patienten/-innen unserer Rehakliniken als wichtigen Baustein in ihrem individuellen Genesungsprozess und für ihre Entwicklung auf dem Weg zu einem Leben ohne Drogenkonsum.



Die Gliederung des AGJ-Fachverbandes mit der Geschäftsstelle in Freiburg und den über die gesamte Erzdiözese verteilten Einrichtungen ist für die Entwicklung einer Dienstgemeinschaft eine besondere Herausforderung. Verbandstage, Treffen der Mitarbeiter/-innen der einzelnen Referate auf Verbandsebene – auch fachbereichsübergreifend – sind wesentliche Elemente zur Förderung der Dienstgemeinschaft.

Auf Einrichtungs- und Verbandsebene tragen die Mitarbeitervertretungen zur Entwicklung der Dienstgemeinschaft im Verband bei: Über die Wahrnehmung ihrer Aufgaben und über die regelmäßige Kommunikation mit den Leitungen der Rehakliniken und den hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern gestalten und entscheiden sie die sie betreffenden Angelegenheiten mit.

Gemeinschaft trägt, schützt und bietet Sicherheit

In den Einrichtungen der Suchthilfe begegnen wir Menschen, die aufgrund ihrer Erkrankung am gesellschaftlichen Leben in vielen Teilhabebereichen nicht mehr oder nur eingeschränkt teilnehmen können. Mit der Entwicklung einer Suchterkrankung brechen häufig Beziehungen ab, der Arbeitsplatz kann verloren gehen, Stigmatisierung wird erlebt.

Ein wichtiger Aspekt in den ambulanten und stationären Einrichtungen ist die Befähigung zur Wiedererlangung einer sozialen Teilhabe, die Wiederaufnahme belastbarer sozialer Kontakte und das Erschließen sozialer und beruflicher Teilhabe. Insbesondere in den Gruppenangeboten, im Erleben der „therapeutischen Gemeinschaft“ in den Rehakliniken und nicht zuletzt

im Engagement in einer Selbsthilfegruppe wird Zugehörigkeit und Gemeinschaftsgefühl wieder erfahrbar. Diese Erfahrung von Gemeinschaft ist einer der wichtigsten Stabilitätsfaktoren für ein gesundes und suchtmittelfreies Leben.

”

Die Gemeinschaft in der Suchtselbsthilfe ist ein sehr wichtiger Punkt. Im Kreuzbund spezifisch steht schon immer der Begriff der Weggefährtschaft an vorderster Stelle. In meinen Jahresabschlussberichten weise ich immer folgendermaßen darauf hin: „Nur gemeinsam sind wir stark – zeigt diese Stärke!“ Auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der professionellen Suchthilfe sollte dieser Grundsatz gelten, was auch sehr gut klappt. Dies war nicht immer so. Sind wir doch aufeinander angewiesen und haben alle das eine Ziel im Blick: Eine zufriedene, langanhaltende Abstinenz für alle Betroffenen und Angehörige.“

Bernd Galowski
Vorsitzender des Kreuzbund-Diözesanverbandes



Menschen, die auf der Straße leben, sind stark von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht. Aber auch Gemeinschaft „im Kleinen“ ist oft problematisch, z. B. durch den erschwerten Zugang zu Kommunikationsmitteln für die Pflege von Kontakten.

Für manche unserer Klienten/-innen ist der Kontakt zu unseren Einrichtungen zeitweise der einzige „sichere Ort“, an dem über das Gefühl des Ausgeschlossenenseins und das Bedürfnis nach Gemeinschaft gesprochen werden kann. Menschen mit dieser Erfahrung Perspektiven zu eröffnen und Gemeinschaft erfahrbar zu machen ist Aufgabe der Caritas und der Suchthilfeeinrichtungen unseres Verbandes. Neben der leitlinienorientierten, medizinisch-rehabilitativen Therapie ist es unseren Einrichtungen ein Anliegen, Menschen schon während der Behandlung Gemeinschaft zu vermitteln und ihnen Vertrauen in ihre Selbstwirksamkeit und Entwicklungsfähigkeit zurückzugeben.

Partizipation auf unterschiedlichen Ebenen

Die Einrichtungen der AGJ-Wohnungslosenhilfe versuchen, wohnungslosen Menschen sowie von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen Teilhabe auf unterschiedlichen Ebenen zu ermöglichen: auf der individuellen Ebene, der Einrichtungsebene sowie auf der gesellschaftlichen Ebene.

Wohnungslose Menschen nutzen die Angebote der Wohnungslosenhilfe zu einem Zeitpunkt, zu dem sie sich in existenziellen Schwierigkeiten befinden. Nach einer Phase der elementaren Unterstützung besteht jedoch in der Regel sehr bald das Interesse daran, den eigenen Hilfeprozess maßgeblich mitzugestalten, aber auch daran, sich zu den Hilfeangeboten zu äußern. In den Wohnangeboten geschieht dies in regelmäßigen Bereichs- bzw. Hausversammlungen. Dort werden nicht nur Themen und Entwicklungen aus dem Alltag in den Einrichtungen besprochen. Diese Zusammenkünfte bieten auch den Rahmen, in dem sich wohnungslose Menschen in die Weiterentwicklung der Hilfeangebote einbringen können. An einigen Standorten des AGJ-Verbandes beteiligen sich Betroffene und Vertreter der Einrichtungen sogar aktiv an der Entwicklung des Sozialraums, z. B. bei problematischen Verhaltensweisen der Nutzer/-innen nahegelegener Parks.

Gemeinschaft und Teilhabe

Gemeinschaft leben



Teilhabe bedeutet Mitbestimmung. Die Mitarbeiter/-innen der AGJ- Wohnungslosenhilfe nehmen diesen Grundsatz ernst und versuchen, wohnungslose Menschen auf unterschiedlichen Ebenen einzubeziehen, also auch, wenn es um „etwas geht“. Ein Betroffener, der sich seit vielen Jahren für die Rechte und Belange wohnungsloser Menschen engagiert und bereits mit vielen unterschiedlichen Einrichtungen in Kontakt kam, formuliert das so: „Es ist außergewöhnlich, dass Bewohner/-innen in die wichtigen Entscheidungen eingebunden werden. Teilhabe kann aber nur möglich werden, wenn genau das gelebt wird.“

Wohnungslosenhilfeeinrichtungen unterstützen wohnungslose Menschen bei der Bildung von Selbstvertretungen vor Ort sowie von überregionalen Interessensvertretungen. Sie stellen zeitliche, räumliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Grundlage ist Kommunikation „auf Augenhöhe“ zwischen den beruflich Handelnden und den wohnungslosen Menschen.

Spezifische Angebote für Frauen unterstützen wohnungslose Frauen dabei, ihre persönlichen Interessen zu artikulieren und sie in gemeinsamen Prozessen und Aktionen in die Entwicklung der Hilfeangebote sowie in die Gesellschaft einzubringen. Sie werden ermutigt, nicht nur Empfängerinnen von Hilfen zu sein, sondern sich für ihre Belange einzusetzen – individuell und in der Gruppe.

Diese Teilhabemöglichkeiten und die damit verbundenen persönlichen Entwicklungen stärken die Zuversicht und das Selbstvertrauen der Betroffenen – Ressourcen, die sie benötigen, um sich ihren Problemen zu stellen. Viele übernehmen Verantwortung und arbeiten in Angeboten mit, z. B. durch Übernahme von Diensten in den Tagesstätten oder anderen Einrichtungen.

Welche Rahmenbedingungen werden benötigt, um die Teilhabe von ehemals wohnungslosen Menschen weiter zu verbessern? Die Mitarbeitenden der AGJ-Wohnungslosenhilfe sind auch künftig gefordert, sich neben der Verbesserung der individuellen Lebenslage von ehemals wohnungslosen Menschen gemeinsam mit den hilfesuchenden Personen für bessere gesellschaftliche Rahmenbedingungen, insbesondere in deren Sozialraum, einzusetzen.

Aufgabe des AGJ-Fachverbandes ist, weiterhin Ressourcen bereitzustellen, um wohnungslosen Menschen Teilhabe zu ermöglichen, zum Beispiel durch geeignete Foren wie das halbjährlich stattfindende diözesane Forum Beteiligung. Dort treffen regelmäßig 30-40 wohnungslose Menschen mit beruflich Handelnden zum intensiven Fachaustausch über die aktuellen Hilfeangebote sowie gesellschaftliche Entwicklungen zusammen. Die Treffen werden auch partizipativ vorbereitet und basisnah moderiert.

Auch Stromsparen kann Teilhabe schaffen

Der PVD Zweckbetrieb in Offenburg bietet seit 2012 den „Stromspar-Check Kommunal“ an. Ziele sind u. a. die Qualifizierung und Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt, die Entlastung von einkommensschwachen Haushalten, die Einsparung von Kosten für Kommunen und Bund sowie Umweltschutz durch CO₂-Einsparungen in den Haushalten.

Die langzeitarbeitslosen Menschen, die an diesem Projekt teilnehmen, werden zum Stromsparhelfer bzw. zur Stromsparhelferin qualifiziert. Für ihre spätere Beratungstätigkeit werden sie umfassend energiefachlich und durch intensives Training, z. B. im Umgang mit Messgeräten wie Strommessgerät, Thermometer, Durchflussmessgerät sowie durch praktische Aufgabenstellungen geschult. Anschließend führen Sie in Zweiertteams Stromspar-Checks durch. Zielgruppe sind Menschen bzw. Haushalte, die Transferleistungen beziehen, also Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeldzuschlag usw.

Wenn ein Haushalt, in dem Menschen aus diesem Kreis leben, einen Check wünscht, wird ein erster Haushaltsbesuch durchgeführt, bei dem die Ausstattung mit energieverbrauchenden Geräten im Haushalt aufgenommen wird: Lampen, elektrische Geräte, Heizung, Wasser. Auch die Energie- und Nebenkostenabrechnungen werden einbezogen. Diese Daten werden im Projektbüro ausgewertet und in einem Bericht zusammengefasst. Bei einem zweiten Haustermin werden auf Wunsch Soforthilfen eingebaut: schaltbare Steckdosenleisten, LED-Lampen, Durchflussbegrenzer für Wasserhähne, Sparduschköpfe etc. Je nach Größe des Haushalts beträgt das zur Verfügung stehende Budget für Soforthilfen bis zu 70 Euro. Beratung, Einbau und Soforthilfen sind für den Haushalt komplett kostenlos.

Mit dem Stromspar-Check setzen Stromsparhelfer in einkommensschwachen Haushalten neue Impulse für Stromsparen und qualifizieren sowohl sich selbst als auch die Bewohner/-innen der aufgesuchten Haushalte durch ihre Tätigkeit.



Musterbeispiel in Sachen Eingliederung eines Langzeitarbeitslosen

Herr M. kommt 2014 zu uns. Seine letzte Arbeitsstelle liegt inzwischen sieben Jahre zurück. Er ist mittlerweile 60 Jahre alt und gilt als schwerstvermittelbar. Herr M. beginnt mit einer Arbeitsgelegenheit in unserem Projekt „Stromsparcheck Kommunal“.

Herr M. entwickelt sich enorm. Das Thema und die Tätigkeit gefallen ihm. Er übernimmt nach und nach eigenständigere Arbeiten, wird selbstsicherer und knüpft Kontakte innerhalb des Projektteams. Nach einigen Monaten wechselt er in eine unserer sozialversicherungspflichtigen Maßnahmen. Herr M. erlebt nach langer Zeit endlich wieder, wie gut es tut, einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen, eine positive Rückmeldung über das eigene Tun zu bekommen, sich mit Kollegen/-innen auszutauschen. Auch der geregelte Tagesablauf tut ihm gut, die Arbeit gibt ihm einen Grund, morgens aufzustehen. Was Herr M. erlebt, ist Teilhabe. Teilhabe am Arbeitsleben, Teilhabe an der Gesellschaft.

Nach insgesamt drei Jahren bei uns gelingt es Herrn M., eine Arbeitsstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekommen. Er freut sich sehr darüber, andererseits verlässt er uns nur ungern. Wir sind sehr froh und auch stolz darauf, dass die Eingliederung von Herrn M. gemeinsam geklappt hat. Den größten Beitrag hat Herr M. allerdings selbst geleistet.

Alexandra Bauernschmid
Leiterin des Stromspar-Checks Kommunal

Das Projekt „Stromspar-Check Kommunal“ ist eine Gemeinschaftsaktion des Deutschen Caritasverbandes e. V. (DCV) und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutz-agenturen Deutschlands e. V. (eaD). Er wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Foto: © SSC PLUS 2014



Gemeinschaft und Teilhabe

Gemeinschaft leben



„Sozialtraining und Mobbingintervention“ ist ein Angebot des Präventionsprogramms Konflikt-KULTUR für Schulklassen und andere feste Gruppen. Es zielt auf die Förderung der sozialen Kompetenz sowie der emotionalen Intelligenz. Die Kinder und Jugendliche erfahren, wie sie mit Mobbing, mit Konflikten zwischen Mädchen und Jungen, mit interkulturellen Konflikten, mit Gruppenkonflikten und mit Außenseitern umgehen können und wie sie lernen können, ehrlich zu sein, die eigene Meinung offen zu äußern und die Meinungen anderer zu respektieren. Sie lernen, Regeln für das Zusammenleben zu entwickeln und sich gegenseitig bei der Einhaltung dieser Regeln zu unterstützen. Mit einem/r speziell ausgebildeten Trainer/-in üben sie, unsoziales Verhalten von anderen konstruktiv zu kritisieren und prosoziales Verhalten anzuerkennen. 2012 wurde das Landesnetzwerk Konflikt-KULTUR gegründet. Gefördert wird es vom Ministerium für Soziales und Integration. Seither wurden 456 Sozialtrainings in ganz Baden-Württemberg durchgeführt.

Nur wer teilt, gehört zusammen

Anna ist die Letzte, die den Raum betritt. Zur Begrüßung gebe ich ihr, wie allen, die Hand. Während die Hände einiger Jungen einem Schraubstock ähneln, ist Annas Hand kaum zu spüren. Auch andere Mädchen haben einen ähnlich schwachen Händedruck, doch Anna schaut mich nicht einmal an. Ich frage: „Wo sind deine Augen?“ und erhasche einen kurzen Blick.

Frau Schneider, Annas neue Klassenlehrerin, hat das Sozialtraining angefragt. Ein Kollege, in dessen Klasse im vergangenen Schuljahr ein Schüler gemobbt worden war, hatte es ihr empfohlen. Das Sozialtraining soll das Klima in der Klasse verbessern, Konflikte klären und Mobbing vorbeugen bzw. lösen, und das will die Lehrerin gerne tun.

Was weiß ich über die 12 Schülerinnen und 14 Schüler der 9a, die mit mir im Stuhlkreis sitzen? Fast nichts. Im vergangenen Schuljahr ist es angeblich immer wieder zu Auseinandersetzungen gekommen. Zum Schuljahreswechsel wurde ein Schüler, Yusuf, deshalb in die Parallelklasse versetzt. Er habe die Klasse im Griff gehabt und einigen Mitschülern/-innen und Lehrern/-innen das Leben schwergemacht, berichtet Frau Schneider. Nasrin wird Yusuf später als Diktator bezeichnen, der in der Klasse gemacht habe, was er wollte. Sie sehe ihn noch oft auf dem Schulhof. Er sei ein Freund, trotzdem sei sie froh, dass er weg ist, es sei jetzt besser in der Klasse, weniger Angst und weniger Störungen.

Doch davon weiß ich zu Beginn noch nichts. Ich stelle mich vor und nenne die Ziele des Trainings: eine vertrauensvolle Klassengemeinschaft, in der sich jeder wohlfühlen kann, um gut zusammen leben und zusammen arbeiten zu können. Meine Aufgabe: Unterstützung dabei. Voraussetzung vonseiten der Klasse: Ehrlichkeit, damit ich weiß, wie es den Schülern/-innen wirklich geht. Doch Ehrlichkeit ist in Schulen oft Mangelware, das weiß ich aus vielen anderen Sozialtrainings. „Was kann einen davon abhalten, in der Schule ehrlich zu sein?“, frage ich deshalb. „Angst“, sagt Jan. „Was braucht ihr, um diese Angst zu überwinden“, frage ich weiter. „Mut“, meint Nasrin. Davon habe sie eine Menge. Sie lasse sich nichts gefallen. Ich fasse zusammen: „Die beiden Tage sind ein Training in Ehrlichkeit und Mut, damit eine vertrauensvolle Klassengemeinschaft entsteht und alle sich wohlfühlen können.“

Ungefähr eine Stunde später sitzt jede/r über einen gelben Zettel gebeugt und schreibt auf, was ihn/sie am Verhalten der anderen in der Klasse nervt, ärgert oder gar verletzt. Namen sind nicht gefragt. Anlass für diesen Arbeitsauftrag: In der vorherigen Übung wurde mehrfach über Beleidigungen, Lästern und körperliche Attacken in der Klasse berichtet. Die Offenheit auf mein Nachfragen war sehr begrenzt: „Weiß nicht“ oder „keine Ahnung“ waren die Antworten. Anna, aber auch andere, wichen aus oder schwiegen. Sie waren nicht bereit, sich mitzuteilen. Daraufhin erklärte ich den Schülern/-innen, dass meinungsarme Klassen „tote“ Klassen sind. In einer „lebendigen“ Klasse dagegen gilt: „Ich kann meine Meinung sagen, egal ob es den anderen gefällt oder nicht.“ Nasrin meinte, im vergangenen Schuljahr sei es noch viel krasser gewesen.

15 Schüler/-innen ärgern sich über „ständiges Auslachen“. Fast alle haben „Beleidigungen“, „Lästern“, „fertig machen“ und Ähnliches aufgeschrieben. „Wenn ich immer mit einem blöden Kommentar rechnen muss, sage ich halt gar nichts mehr.“, meint Valentino. „Alle hängen nur in ihren Cliques rum. Wir haben es seit der Fünften nicht geschafft, eine Klassengemeinschaft zu sein.“ Bis zu diesen ehrlichen Aussagen ist es ein steiniger Weg. Etliche Jungen und Mädchen zögern, ihre gelben Zettel vorzulesen. „Was könnte denn passieren?“, will ich von Louis wissen. „Du brauchst ja keine Namen zu nennen, es geht nur um Verhalten.“ Er zögert noch immer. „Was könnte dir helfen?“ Was Louis irgendwann schafft, bleibt für Anna unmöglich. Ihre Angst ist zu groß.

Zu Beginn des zweiten Tages geht es um Jan. Er hat im vergangenen Jahr am meisten unter Yusuf gelitten. Trotz dessen Weggang haben die Mitschüler/-innen mit der Schikane einfach weitergemacht. Auf meine Nachfrage nennt die Klasse mehr als 30 Punkte: Beleidigung, Ausgrenzung, Sachen kaputt machen, Erniedrigung etc. Mobbing, wie es sehr oft vorkommt. Die Klasse ist betroffen, berührt, manche sind schockiert und weinen, sie zeigen Mitgefühl, wollen Jan künftig helfen. Auf die Frage, wem es schon einmal ähnlich ergangen sei, meldet sich Anna. Vergangenes Jahr, meint sie, deshalb habe sie die Schule gewechselt. Nasrin schiebt ihr ein Taschentuch rüber – wer teilt, gehört zusammen.

Aussagen von Schülern/-innen einer achten Klasse, zwei Wochen nachdem in der Klasse ein Sozialtraining durchgeführt wurde:

- „Vielen Dank, dass Sie gekommen sind, die Klassenatmosphäre ist 100 mal besser geworden. Man fühlt sich sehr wohl. Sie haben mir sehr ins Gewissen geredet!“
- „Ich will mich echt ändern. Danke für Ihre Hilfe!“
- „Die Klasse ist besser geworden. Nicht mehr so viele Beleidigungen.“
- „Ich liebe meine Klasse, sie sind manchmal zu laut oder so, aber alle sind nett und wir halten zusammen und das ist für mich wichtig.“



Anvertrautenschutz

Ein sicherer Ort für alle



In vielen Einrichtungen des AGJ-Fachverbandes geht es um Kinder- und Jugendschutz, zum Beispiel bei MAKS – Modellprojekt für Kinder von Suchtkranken. MAKS ist eine unterstützende ambulante Einrichtung für Kinder und Jugendliche, deren Eltern sucht- und/oder psychisch krank sind bzw. waren. Angeboten werden wöchentlich stattfindende Gruppen, Freizeitaktivitäten, Ausflüge, Feste etc. Bei Bedarf findet Unterstützung, Information und Begleitung auch im Einzelkontakt statt.

Der AGJ-Fachverband – ein sicherer Ort für alle

September 2013: Der ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz beschließt die „Rahmenordnung zur Prävention gegen sexualisierte Gewalt an minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen“. August 2015: Im Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg wird die „Ordnung zur Prävention gegen sexualisierten Gewalt an minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen im Erzbistum Freiburg (PrävO)“ veröffentlicht. Sie enthält Bestimmungen, die auch für den AGJ-Fachverband als Träger von Einrichtungen der Sucht- und Wohnungslosenhilfe, Beschäftigungsprojekten und Angeboten zum Kinder- und Jugendschutz gelten. Doch was bedeutet das alles konkret?

Von erweiterten Führungszeugnissen, Selbstverpflichtungserklärungen und Schulungen ist die Rede. Alle Mitarbeitenden sind tangiert, auch ehrenamtlich Tätige. Zunächst mag an vielen Stellen Verwirrung angesichts der neuen Regelungen und deren Folgen entstanden sein: Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende fragten sich: Ist dieses Vorgehen und dieser Aufwand wirklich notwendig? Stehen wir plötzlich alle unter Generalverdacht? Bringt das alles überhaupt etwas oder entsteht dadurch nur mehr Arbeit?

Im Lauf des Umsetzungsprozesses legte sich die Skepsis, viele Mitarbeitende erkannten das Potenzial dieser Präventionsordnung für unsere Einrichtungen und unseren Verband. Ganz bewusst wurde eine Entwicklung angestoßen, die nicht primär auf das Verhindern von Straftaten fokussiert ist. Übergeordnetes Ziel ist vielmehr, in unserem Verband eine Kultur der Achtsamkeit zu entwickeln und zu pflegen. Ein solcher Wandel braucht Zeit und geht weit über das bloße Abarbeiten der formalen Vorgaben hinaus.

„Der AGJ-Fachverband – ein sicherer Ort für alle“ bringt zum Ausdruck, dass es bei der „Kultur der Achtsamkeit“ nicht nur um den Kontakt zu Anvertrauten geht, sondern auch um den Umgang zwischen Mitarbeitenden. Unser Ziel ist ein geschützter Rahmen, in dem sich jede/r in Würde entwickeln kann, und der das Recht auf seelische und körperliche Unversehrtheit aller gewährleistet. Wir setzen uns dafür ein, dass respektloses Verhalten und Gewalt jeder Art nicht stattfinden bzw. aufgeklärt werden.

Von der Theorie zur Praxis

Der AGJ-Fachverband entwickelte ein Konzept, das eine solche Kultur der Achtsamkeit fördert und methodische und strukturelle Sicherheit bietet. Bereits Anfang 2014 wurde eine Mitarbeiterin zur „Beauftragten für den Anvertrautenschutz“ ernannt. Eine hierarchie- und bereichsübergreifende Steuerungsgruppe unterstützte sie bei der Erstellung des obligatorischen Schutzkonzepts. Sie entwickelte eine Richtlinie zur Umsetzung der Präventionsordnung im Verband und trifft sich weiterhin regelmäßig, um den Anvertrautenschutz in den Blick zu nehmen und weiterzuentwickeln.

Ein weiterer Baustein unseres Gesamtkonzepts ist die sogenannte Gefahrenanalyse, die jährlich in den Einrichtungen durchgeführt wird. Wir sehen dies als Beitrag zum Bewusstmachen und damit als Voraussetzung für die Entstehung einer Kultur der Achtsamkeit. Entsprechend der Vielfalt der Aufgabenbereiche in unserem Verband wird diese Gefahrenanalyse in jeder Einrichtung separat durchgeführt.

Nach und nach wurden alle Mitarbeitenden zum Thema Anvertrauensschutz geschult. Die Beauftragte für Anvertrauensschutz stellt ihre Aufgaben, das verbandliche Vorgehen sowie Weiterentwicklungen regelmäßig in Gremien und Fortbildungen des Verbandes vor. So bleibt das Thema präsent, Entwicklungen werden weitergetragen und neue Mitarbeitende erfahren frühzeitig von unserem Konzept.

Die anfänglich teilweise vorhandene Skepsis ist größtenteils abgebaut. Die Regelungen werden nun überwiegend positiv bewertet und als Chance für die Entwicklung einer verbandlichen Kultur des Risikobewußtseins und der Achtsamkeit wahrgenommen.



Ein Interview zum Anvertrauensschutz mit einer Patientin der Rehaklinik Lindenhof:

Wo begegnen Ihnen im Klinikalltag Situationen, in denen Grenzen verletzt werden? Wenn hinter dem Rücken von Patientinnen über diese gesprochen wird, meist abwertend. Wenn Frauen eingeschüchtert werden durch manipulatives Verhalten anderer.

Was ist Ihnen im Umgang mit Ihren Mitpatientinnen und dem Klinikpersonal besonders wichtig? Bei meinen Mitpatientinnen sind mir Respekt, Akzeptanz und Gewaltfreiheit am wichtigsten. Beim Klinikpersonal ein vertrauensvoller und dadurch mir möglicher offener und ehrlicher Umgang.

Wie sicher und aufgehoben fühlen Sie sich in unserer Einrichtung? Ich fühle mich sicher und aufgehoben, zumindest so sicher wie es mir mit meiner persönlichen Geschichte möglich ist. Ich bin mir absolut sicher, dass ich hier ernst genommen werde, auch und vor allem mit meinen Ängsten.

Wie würden Sie reagieren, wenn Sie eine Grenzverletzung erleben oder bei anderen mitbekommen? Sollte jemand meine Grenzen verletzt haben, versuche ich die Person selber anzusprechen. Mittlerweile bekomme ich das sogar hin durch die Therapie. Auf jeden Fall würde ich es trotzdem immer auch an jemandem aus dem Team der Klinik melden.

Gibt es in diesem Zusammenhang etwas, das Sie sich wünschen, wo Sie noch Verbesserungsbedarf sehen? Vor zwei Wochen noch, hätte ich den Wunsch geäußert, dass das Thema „Umgang miteinander“ nochmal sichtbarer wird, damit deutlich wird wie wichtig ein respektvoller Umgang untereinander ist. Ich habe das in meiner Familie ja nicht erfahren. Jetzt hängt der Verhaltenskodex als Ampel auf den Stationen. Also ist mein Wunsch erfüllt.

Institutionelles Schutzkonzept
des AGJ-Fachverbandes in der
Erzdiözese Freiburg e. V.



„Bei Neueinstellung: Die zuständigen Personalverantwortlichen bzw. Einrichtungsleitungen thematisieren den Anvertrauensschutz im Vorstellungsgespräch, während der Einarbeitungszeit sowie in weiterführenden Mitarbeitergesprächen. Alle neuen Mitarbeitenden werden zum Thema Anvertrauensschutz geschult.“

Auszug aus dem institutionellen Schutzkonzept

Frau L. ist 40 Jahre, kinderlos und derzeit ohne Partnerschaft. Sie ist in der Rehaklinik wegen ihrer Abhängigkeit von Opiaten, THC, Benzodiazepinen und Alkohol. Sie wurde in ihrer Kindheit psychisch, physisch und sexuell traumatisiert und bereits im frühen Kindesalter von ihren Eltern unter Medikamente gesetzt.

AN
LAUF
STELLE

Kontakt

Achim Noefer, Vorstandsvorsitzender

Anne-Kathrin Hummel, Vorstand

Telefon 0761 21807-31, info@agj-freiburg.de

Der AGJ-Fachverband

Der AGJ-Fachverband ist Teil der Caritas mit den Aufgabengebieten Sucht-, Wohnungslosen- und Arbeitslosenhilfe sowie Kinder- und Jugendschutz. Zirka 500 Beschäftigte arbeiten in stationären und ambulanten Einrichtungen und Diensten zur Prävention, Suchtberatung und -behandlung, Wohnungslosenhilfe, Beschäftigungsförderung und Fortbildung. Die Hilfe ist teilhabeorientiert. Sie orientiert sich an den Möglichkeiten und Ressourcen der Hilfe suchenden Menschen, stärkt ihr Vertrauen in das Leben, fördert ihre Fähigkeiten und zielt darauf ab, dass sie ihre individuellen und sozialen Lebensmöglichkeiten besser wahrnehmen und verwirklichen können. Der katholischen Soziallehre entsprechend setzt sich der AGJ-Fachverband für die Rechte und die Würde des Menschen ein.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung setzt sich zusammen aus den Vereinsmitgliedern sowie den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands. Ihr obliegt beispielsweise die Wahl des Aufsichtsrats. Am 31.12.2017 gehörten dem Verband 20 Mitglieder an.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wird für eine fünfjährige Amtszeit gewählt. Er besteht aus einem/r Vorsitzenden, einem/r Stellvertreter/-in, vier Beisitzern/-innen sowie einem/r ständigen Vertreter/-in des Diözesan-Caritasverbandes.

Vorstand

Der Vorstand des AGJ-Verbandes besteht seit 28.07.2016 aus zwei gleichberechtigten hauptamtlichen Vorständen, von denen einer den Vorsitz inne hat. Sie lenken den Verband und treffen alle wichtigen Entscheidungen gemeinsam.

Operative Führungsebene

Die operative Führungsebene nimmt grundlegende Management- und Führungsaufgaben wahr. Ihr gehören der Vorstand, die Referatsleitungen, die Leitung des Finanz- und Rechnungswesens, eine Vertretung der Verwaltungsleitungen der Rehakliniken sowie die Assistenz des Vorstandes an.

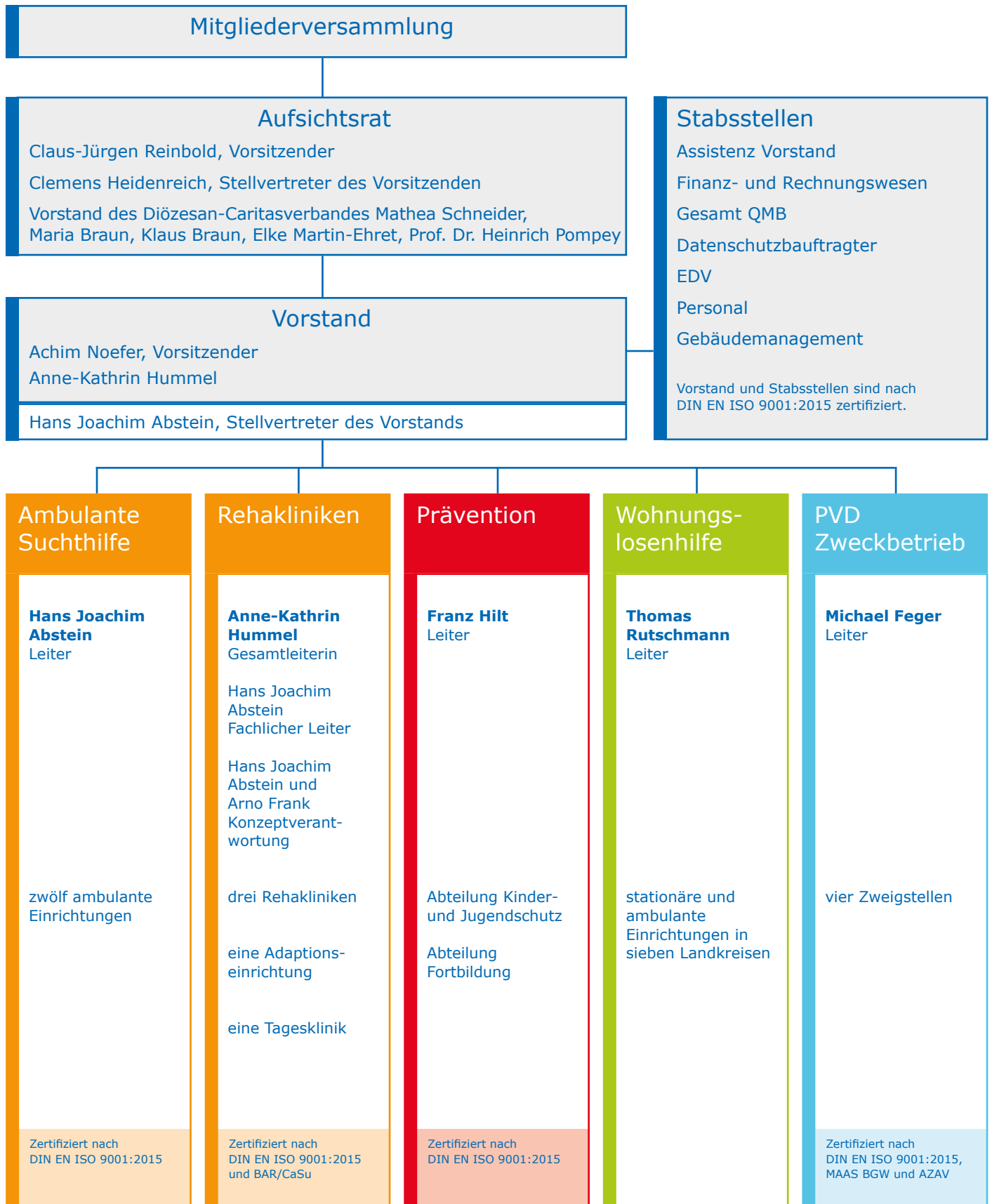
Mitarbeiterschaft

Der AGJ-Verband beschäftigte zum 31.12.2017 insgesamt 415 Mitarbeitende. Diese verteilten sich wie folgt auf die unterschiedlichen Arbeitsbereiche:

Geschäftsstelle:	26
Referat Prävention:	8
Referat Sucht:	245
Referat Wohnungslosenhilfe:	98
PVD Zweckbetrieb:	38



Das Foto zeigt die operative Führungsebene des AGJ-Fachverbandes. Von links nach rechts: Franz Hilt, Thomas Rutschmann, Denise Jung, Michael Feger, Achim Noefer, Anne-Kathrin Hummel, Hans Joachim Abstein, Catrin Krauß.



Verband

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2017 in Euro	31.12.2016 in Euro
1. Umsatzerlöse		
a) Stationäre Pflegeleistungen (Klinik)	9.386.347	9.448.302
b) Ambulante Pflegeleistungen (Klinik)	183.895	178.117
c) Ambulante Pflegeleistungen (WLH)	1.572.728	1.466.940
d) Ambulante Pflegeleistungen (PSB)	571.123	633.715
e) Teilstationäre Pflegeleistungen (WLH)	2.646.651	2.535.927
f) Vollstationäre Pflegeleistungen (WLH)	623.413	621.275
g) Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten (Klinik und WLH)	2.150.917	2.059.354
h) Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten (PSB/GS)	5.537.135	5.234.473
i) Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten (PVD)	1.090.848	864.773
j) Leistungserlöse (PVD)	1.624.058	1.797.064
k) Sonstige Umsatzerlöse	1.509.689	1.426.355
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.236.614	2.721.306
Summe betriebliche Erlöse	28.133.418	28.987.601
3. Materialaufwand		
a) Bezogene Leistungen	342.304	342.608
b) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.491.954	1.548.975
Summe Materialaufwand	1.834.258	1.891.583
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	15.463.399	14.922.026
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Personalaufwendungen	4.409.409	4.223.097
davon Altersversorgung	979.578	892.134
Summe Personalaufwand	19.872.808	19.145.123
5. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	328.231	323.146
6. Abschreibungen	1.132.816	1.121.933
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Miete, Pacht, Leasing	1.330.847	1.255.932
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	679.686	705.928
c) Abgaben, Versicherungen, Beiträge	260.035	219.979
d) Reparaturen und Instandhaltungen	716.327	805.669
e) Sonstige Aufwendungen	2.566.160	2.844.158
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	5.553.055	5.831.666
Zwischenergebnis	68.711	1.320.443
8. Zinsen und ähnliche Erträge	117	289.315
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	199.887	301.430
10. Ergebnis nach Steuern	-131.059	1.308.327
11. Sonstige Steuern	4.247	4.299
Jahresüberschuss	-135.305	1.304.029

AKTIVA Bilanzposition	31.12.2017 in Euro	31.12.2016 in Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	92.407	2.445
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten	21.499.475	22.181.386
2. Technische Anlagen	678.458	687.027
3. Einrichtung und Ausstattung	415.064	438.927
4. Fahrzeuge	128.079	120.910
5. Anlagen im Bau	173.811	175.110
Anlagevermögen gesamt	22.987.294	23.605.805
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	80.661	83.912
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	1.657.642 0	1.754.111 0
2. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	2.138.438 0	95.923 0
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.670.501	3.128.083
Umlaufvermögen gesamt	7.547.242	5.062.030
C. Rechnungsabgrenzungsposten	35.141	47.450
Summe Aktiva	30.569.678	28.715.285

PASSIVA Bilanzposition	31.12.2017 in Euro	31.12.2016 in Euro
A. Eigenkapital		
1. Reinvermögen	11.082.948	9.778.920
2. Jahresüberschuss	-135.305	1.304.029
	10.947.643	11.082.948
B. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen	7.895.947	8.117.913
C. Rückstellungen	1.962.199	1.264.232
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	5.935.816 535.685	6.474.158 553.096
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	429.575 429.575	357.904 357.904
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr davon aus Steuern davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	3.257.539 212.876 0	1.314.578 158.408 0
	9.622.930	8.146.640
E. Rechnungsabgrenzungsposten	140.959	103.550
Summe Passiva	30.569.678	28.715.285



Kontakt

Hans Joachim Abstein, Referatsleiter
Telefon 0761 21807-60, suchthilfe@agj-freiburg.de

Suchthilfe

Suchtgefährdete und suchterkrankte Menschen, ihre Angehörigen und ihr Umfeld finden in den Einrichtungen des AGJ-Fachverbandes qualifizierte und unbürokratische Hilfe. Vom niedrighschwelligem Kontaktcafé bis zu Reha-kliniken werden die unterschiedlichen Angebote im Bereich der Erzdiözese Freiburg in einem Therapieverbund aus 17 ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen erbracht. Der Verband hält mit seinen Einrichtungen ein leistungsfähiges Angebot zur Prävention und Rehabilitation bei Suchterkrankung vor. Grundlage dafür ist die partnerschaftliche Kooperation mit allen psychosozialen und suchtmmedizinischen Leistungserbringern der jeweiligen Region und den Leistungsträgern sowie eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung.



Suchtprävention

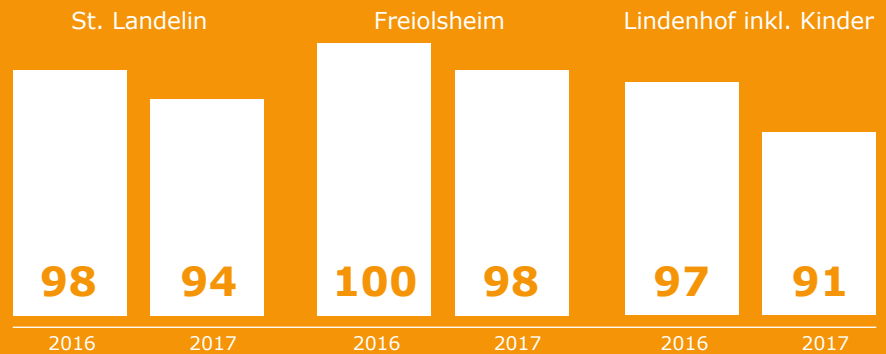
Die Suchthilfeeinrichtungen des AGJ-Fachverbandes haben im Jahr 2017 insgesamt 907 Veranstaltungen zum Thema Suchtprävention durchgeführt. Dabei wurden 9.979 Endadressaten/-innen und 4.037 Multiplikatoren/-innen erreicht.

Der Schwerpunkt der Veranstaltungen lag wie in den vergangenen Jahren bei Schulen und Betrieben.

Stationäre Suchthilfe

Die Auslastung unserer Rehakliniken hat insgesamt leicht abgenommen. Im Landesvergleich gehören unsere Kliniken dennoch zu den am besten belegten.

Durchschnittliche Auslastung der drei Rehakliniken in Prozent.



38.777

Einzel- und Gruppenkontakte (2016: 32.670)



Ambulante Suchthilfe

Klienten/-innen mit mehreren Kontakten **4.956 (2016: 4.760)**

Vermittlung in stationäre Reha **417 (2016: 474)**

Ambulante Reha in Beratungsstellen **212 (2016: 203)**

Vermittlung in Entzugsbehandlung **305 (2016: 229)**

Vermittlung in Selbsthilfegruppen **173 (2016: 148)**

Ambulante Nachsorge **202 (2016: 194)**

Anker – Hilfen für Kinder von psychisch kranken Eltern

Für das Projekt „Anker – Hilfen für Kinder von psychisch kranken Eltern“ wurde eine Finanzierung durch die Stadt Freiburg sowie den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald erreicht. In Sigmaringen wird mit Mitteln des europäischen Sozialfonds, der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, des Sozialministeriums und der Arbeitsagentur das Motto „Sucht und Beruf (Su+Ber)“ in die Praxis umgesetzt. Dort werden langzeitarbeitslose Menschen auch ohne Erreichen der Abstinenz wieder in berufliche Bezüge integriert. Neben der Suchtberatungsstelle ist auch die Wohnungsloseneinrichtung unseres Verbandes beteiligt.



Reintegration und Teilhabe als Leitmotiv

Die AGJ-Suchthilfe zielt neben der physischen und psychischen Stabilisierung vor allem auf die Wiedererlangung belastbarer sozialer Beziehungen und eine umfassende gesellschaftliche und berufliche Teilhabe. Sie wirkt somit festigend auf familiäre und gesellschaftliche Strukturen.

Rehaorientierung als fachliche Grundüberzeugung

Der seit 2012 bundesweit registrierte Rückgang der Anträge auf stationäre Suchtrehabilitation hat 2017 auch den AGJ-Fachverband erreicht: mit 417 Personen vermittelten unsere Beratungsstellen deutlich weniger in stationäre Suchttherapie als noch im Vorjahr (2016: 474). Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Auslastung unserer Rehakliniken Lindenhof, St. Landelin und Freiolsheim wider: Während Freiolsheim und St. Landelin ihr Belegungsziel knapp erreichten, war dies im Lindenhof nicht möglich. Dank ihrer Qualität und Reputation bei Kostenträgern und Zuweisern gehören unsere Kliniken dennoch zu den besser ausgelasteten Rehaeinrichtungen im Land.

Die ambulante und stationäre Suchtrehabilitation ist nach wie vor das Mittel der Wahl, um umfassende berufliche und soziale Teilhabe wieder herzustellen. Der Verband ist auf unterschiedlichen Ebenen aktiv, um diesem Prinzip zu entsprechen: Die Suchtberatungsstellen verstärken ihre aufsuchenden Dienste in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und in Krankenhäusern, um bisher schlecht erreichten Zielgruppen ein Angebot zu machen. Die Rehakliniken des AGJ-Fachverbandes entwickeln ihre Behandlungskonzepte und Regelwerke weiter, um den Bedürfnissen der Patienten/-innen zu entsprechen.

Auf verbandlicher und trägerübergreifender Ebene nutzen wir unsere gute Positionierung in Gremien, um politisch und konzeptionell Einfluss zu nehmen: im Vorsitz der Landesstelle für Suchtfragen, im Vorstand des Bundesverbandes stationäre Suchthilfe (BUSS), in der Caritas-Suchthilfe CaSu sowie in Schlüsselstellen verschiedener landes- und bundesweiter Gremien.

Herausforderungen

Es wird darauf ankommen, die Kooperation zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen weiter zu forcieren: Neue niederschwellige Zugänge müssen erschlossen und ausgebaut werden, um bisher schlecht erreichten Zielgruppen neue Teilhabechancen zu bieten. Infrastrukturell stehen die Kliniken vor der Herausforderung, die nachvollziehbaren Komfortansprüche der Patienten/-innen zu erfüllen. Dies bedeutet z. B. Einzelzimmer als Standard, was mancherorts größere bauliche Maßnahmen erfordert.

Die Rehakliniken und ambulanten Suchtberatungsstellen unseres Verbandes genießen bei Leistungs- und Kostenträgern einen guten Ruf. Gleichzeitig sind insbesondere die Suchtberatungsstellen überwiegend nicht angemessen finanziert. Der Verband muss für den Betrieb dieser Einrichtungen erhebliche Eigenmittel aufwenden, die dann wiederum bei der Erfüllung anderer verbandlicher Aufgaben fehlen. Im Jahr 2017 konnten diesbezüglich in vier Landkreisen Verbesserungen erzielt werden, die zumindest in die richtige Richtung weisen. 2018 stehen in weiteren vier Landkreisen Verhandlungen an, die hoffentlich zu einer entsprechenden Entlastung führen werden.



Un-Abhängigkeit und Lebensqualität im Alter

Missbrauch oder Abhängigkeit von Suchtmitteln kann sich auch im höheren Lebensalter noch entwickeln. Auslöser sind meist soziale Probleme wie Vereinsamung, psychisch belastende Situationen wie Krisen nach Beendigung der Erwerbstätigkeit oder dem Verlust von nahestehenden Personen. Der schädliche oder abhängige Konsum von Alkohol, Medikamenten und Drogen im Alter kann zu schweren gesundheitlichen Folgen führen. „ULA Un-Abhängigkeit und Lebensqualität im Alter“ – unter diesem Titel wenden wir uns besonders Menschen ab 60 Jahren mit Suchtproblemen zu. Die von der Baden-Württemberg-Stiftung geförderten Projekte zu diesem Thema in Freiburg, Müllheim, Lahr, Konstanz und Sigmaringen haben eine neue Zielgruppe erschlossen und das Angebot unserer Suchtberatungsstellen qualitativ erweitert.



Depressive Störungen können durch Suchtmittelkonsum verursacht werden. Umgekehrt erleben wir immer wieder, dass Menschen Suchtmittel konsumieren, um auf ihre depressive Stimmungslage Einfluss zu nehmen. Dies kann kurzfristig hilfreich sein. Allerdings kann Suchtmittelkonsum depressive Erkrankungen mittelfristig verschlimmern. So entsteht ein Kreislauf, aus dem die betroffenen Menschen ohne fachgerechte Hilfe nur sehr schwer wieder herausfinden. Das Aktion-Mensch-Projekt „Sucht und Depression“ wird in der Suchtberatungsstelle in Freiburg durchgeführt.



Kontakt

Thomas Rutschmann, Referatsleiter

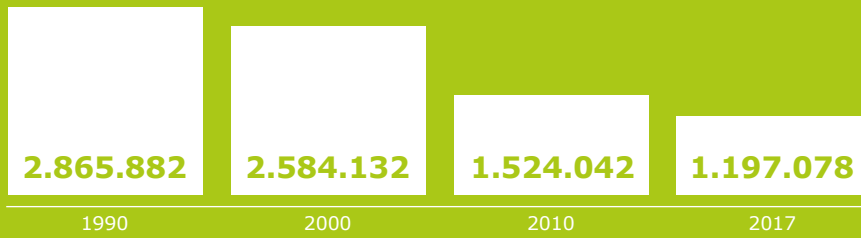
Telefon 0761 21807-58, wohnungslosenhilfe@agj-freiburg.de

Wohnungslosenhilfe

Der AGJ-Fachverband plant und koordiniert die Wohnungslosenhilfe in der Erzdiözese Freiburg. Die Aktivitäten beziehen sich sowohl auf die Organisation und Bereitstellung von Hilfeangeboten wie Tagesstätten, Fachberatungsstellen, stationäre Angebote und Betreutes Wohnen als aber auch auf Sozialplanung, Sozialraumorientierung Organisationsentwicklung, soziale Bildungs- und Netzwerkarbeit. Betroffene Menschen können sich und ihre Ressourcen in den Hilfeprozess und die Weiterentwicklung der Angebote einbringen. Auch nach der Inanspruchnahme von Hilfe ist ehrenamtliches Engagement möglich und willkommen. Dem Aufbau und der Förderung von Interessensvertretungen für wohnungslose Menschen misst der AGJ-Fachverband große Bedeutung bei.

Wegfall von Sozialwohnungen

Bestand an Sozialwohnungen in Deutschland



Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe

Fehlende Wohnungen

Landkreis Konstanz: 2.200
 Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald: 1.900
 Landesweit: 88.000



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2017



Neubau geförderter Mietwohnungen

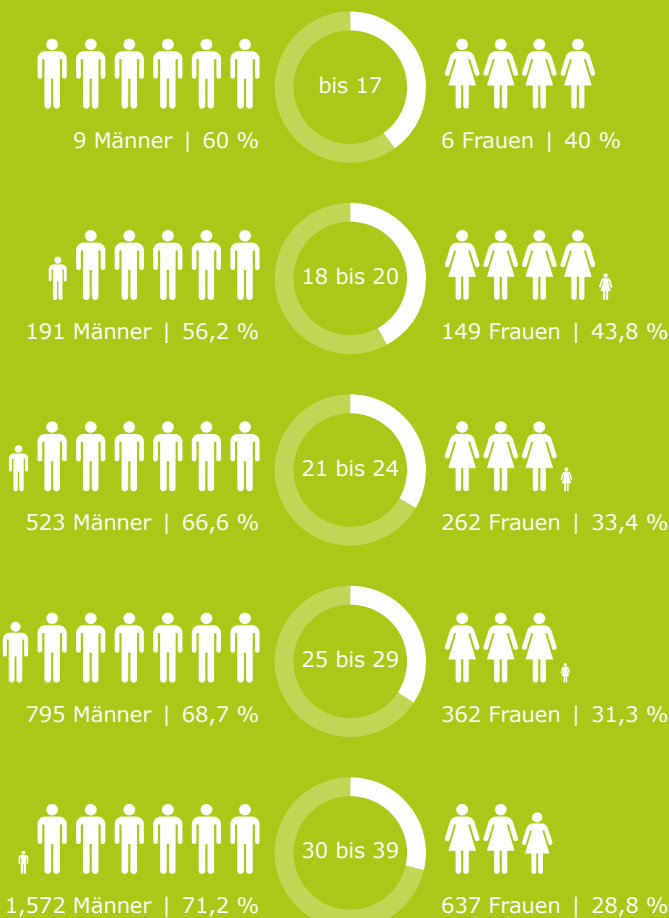
Vergleich 2015 und 2016

Baden-Württemberg

-33 %

Bayern: +96%
 Rheinland-Pfalz: +73%
 Bundesweit: +68%

Altersstruktur Frauen/Männer



Quelle: Liga Stichtagserhebung

Hilfesuchende Frauen

Der Anteil der hilfesuchenden Frauen hat in einigen Landkreisen in den vergangenen fünf Jahren stark zugenommen.

Emmendingen

2012: 33 Frauen 2017: 49 Frauen

Konstanz

2012: 52 Frauen 2017: 93 Frauen

Ortenaukreis

2012: 89 Frauen 2017: 65 Frauen

Sigmaringen

2012: 24 Frauen 2017: 20 Frauen

Lörrach

2012: 29 Frauen 2017: 30 Frauen

Waldshut

2012: 10 Frauen 2017: 29 Frauen

Breisgau-Hochschwarzwald

2012: 12 Frauen 2017: 15 Frauen

Quelle: Liga Stichtagserhebung

Weiterer Ausbau der präventiven Angebote

Im Rahmen einer Förderung durch den „Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)“ wurde das Angebot an präventiven Hilfen zur Wohnraumsicherung sowie die aufsuchende Kontaktarbeit ausgebaut. Seit 2016 sind drei Kommunen beteiligt, 2017 kamen zwei weitere hinzu. Wir hoffen, dass der Projektphase, die im Dezember 2018 endet, eine zweijährige Anschlussförderung folgt. Ziel ist, die Hilfeangebote so zu vernetzen und die Strukturen dahingehend auszubauen, dass sie bei drohendem Wohnraumverlust ermöglichen, erfolgreich zu intervenieren.

Im Landkreis Lörrach starteten zwei Projekte der Mobilen Obdachlosenbetreuung: in Lörrach selbst sowie in Rheinfelden. Eine neue Kooperation entstand mit der Stadt Waldkirch im Rahmen der Unterstützung in der kommunalen Obdachlosenunterkunft.

Neue Angebote für wohnungslose Frauen

Neben einem Angebot für wohnungslose Frauen in Singen gibt es seit 2016 bzw. 2017 Wohn- und Beratungsangebote für Frauen an den Standorten Offenburg und Lörrach. Die enorme Nachfrage zeigt, dass der Bedarf nach Angeboten speziell für Frauen – neben den bestehenden offenen, in der Regel männerdominierten Angeboten – vorhanden ist.

Zunehmende Spendenbereitschaft

Unsere kontinuierliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zeigt Wirkung: Die Bereitschaft der Bevölkerung, die Arbeit unserer Einrichtungen zu unterstützen, ist gestiegen. Insbesondere die weitgehend spendenfinanzierten medizinischen Angebote sowie die temporären Angebote zum Kälte- und Erfrierungsschutzes werden von Spendern/-innen unterstützt. Dies ermöglicht uns, Menschen ohne Rechtsansprüche elementare Hilfe zukommen zu lassen. Herzlichen Dank an alle Unterstützer/-innen der AGJ-Wohnungslosenhilfe.

Weitere Verschlechterung beim Zugang zum Wohnungsmarkt

Der bestehende Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen verzögert den bedarfsgerechten Übergang von intensiveren Hilfeangeboten hin zu eigenem Wohnraum zunehmend. Die Kommunen kommen in Bezug auf die Versorgung mit Notwohnraum an ihre Grenzen. Den Kommunen werden Personen zugewiesen, die als Geflüchtete einen Bleiberechtsstatus erhalten und nicht mehr in den zentralen Unterkünften bleiben können. Angesichts der ohnehin prekären Situation auf dem Wohnungsmarkt ist dies eine große Herausforderung. An dieser Stelle sind alle sozialen Träger gefordert, bedarfsgerechte und humanitäre Angebote zu entwickeln.

Überregionale Entwicklungen

Leitende Mitarbeiter/-innen der AGJ-Wohnungslosenhilfe bringen sich seit langem in die landesweiten Entwicklungsprozesse ein. Wir beteiligen uns an der Entwicklung einer landesweiten Wohnnotfallstatistik, der Konzipierung und dem Ausbau landesweiter Fachstellen zur Verhinderung von Wohnraumverlust und treten für eine Verbesserung der ordnungsrechtlichen Angebote der Kommunen ein.



Wie sieht Wohnen in der Zukunft aus? Verdichtet auf immer weniger Fläche mit Verlust an Wohnqualität – oder ...



...Einfachbauweise auf der „grünen Wiese“? Was zunehmend fehlt, sind Flächen, auf denen überhaupt gebaut werden kann.



Kontakt

Franz Hilt, Referatsleiter

Telefon 0761 21807-41, jugendschutz@agj-freiburg.de

Prävention

Das Referat Prävention besteht aus zwei Abteilungen. Die Abteilung Kinder- und Jugendschutz bearbeitet vor allem die Themen Gewaltprävention und Konfliktbewältigung, Resilienz, Organisations- und Schulentwicklung, Medienpädagogik und Jugendmedienschutz sowie psychologische Grenzfragen. Der Schwerpunkt liegt auf mehrtägigen Fortbildungen für Fachkräfte in der schulischen und außerschulischen Erziehungs- und Bildungsarbeit. Die Abteilung Fortbildung führt Veranstaltungen zu psychosozialen Themen durch. Im Zentrum steht der berufs begleitende „Fachlehrgang Belastungserprobung/Arbeitstherapie“, der zur qualifizierten Anleitung und Unterstützung von Menschen mit psychischen, sozialen oder somatischen Beeinträchtigungen befähigt.

Evaluation der Tagesseminare



Es geht um Themen wie Deeskalation, Konfliktmanagement und Umgang mit Rechtfertigungen.

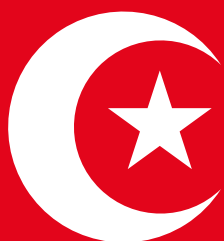
Durchschnittswerte der anonymen Evaluation:
2017 = 1,31
2016 = 1,50
2015 = 1,55

Persönliche Empfehlung zählt

In einer Zeit der Massenkommunikation wird persönliche Beratung immer wichtiger: Empfehlungen von Personen, die ich schätze und deren Einschätzung ich vertraue. In diesem Sinne ehrt uns die Zunahme der Abruferveranstaltungen, insbesondere der Pädagogischen Tage, im Jahr 2017. Es waren 31 im Kontrast zu 2015 und 2016 mit je 25. Meist kommen sie aufgrund persönlicher Empfehlungen zustande.

Positive Autorität

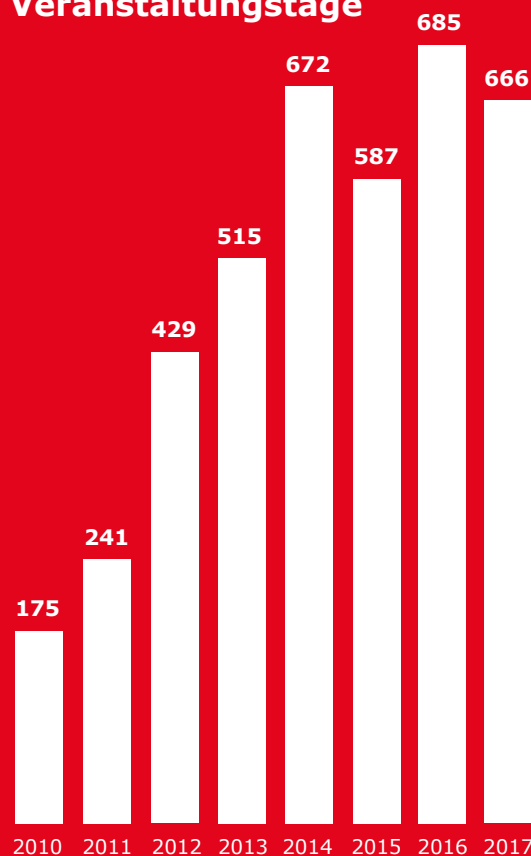
Den besten Wert unserer Veranstaltungen erreichte mit 1,23 die achttägige Fortbildung „Positive Autorität – Autoritative Erziehung in der (teil)stationären Jugendhilfe“.



Flucht – Trauma – Islam

Zum Seminar „Flucht – Trauma – Islam“ für Fachkräfte aus Reha-Einrichtungen und der Jugendhilfe kamen Teilnehmende von Hamburg bis Lörrach.

Veranstaltungstage



Evaluation aller mehrtägigen Fortbildungsveranstaltungen

Notenspektrum von 1-6



2017 = 1,47
2016 = 1,59
2015 = 1,67

Resilienz

2016

122 Teilnehmende



2017

137 Teilnehmende



Veranstaltungsorte

Tagungen, Fortbildungen, Tagesseminare, Pädagogische Tage, Elternabende etc. fanden, teilweise mit Kooperationspartnern und Kooperationspartnerninnen vor Ort, statt in:

Freiburg | Stuttgart | Heidelberg | Tübingen | Weingarten | München | Köln | Münster | Singen | Friedrichshafen | Pforzheim | Karlsruhe | ...

Mobbing ist ein gruppendynamischer Prozess

Mobbing ist kein Streit zwischen Einzelpersonen. Mobbing ist immer ein gruppendynamischer Prozess. Durch die große Anzahl beteiligter Akteure entsteht ein sehr komplexes Konfliktgeschehen. Betroffen sind besonders Gruppen mit Zwangscharakter, aus denen die Mitglieder nicht einfach fliehen können, z. B. in Gefängnissen, Heimen oder Schulen. Mobbing hat viele Facetten: verbale Gewalt, psychische und physische Attacken, Angriffe auf das Eigentum und psychosoziale Manipulation – also relationale Gewalt. Die einzelne Aktion kann minderschwer sein, die Summe der Attacken und die Resonanz in der Gruppe machen sie zu Mobbing.

Mobbing kommt selten allein ...

Digitale Kommunikation ist fester Bestandteil unserer Lebenswelt. Für die heutigen Kinder und Jugendlichen ist das, anders als für viele Erwachsene, keine Entwicklung oder Neuerung. Sie wachsen damit auf, es ist für sie selbstverständlich. Wenn Kinder und Jugendliche von Mobbing betroffen sind, muss man davon ausgehen, dass sie sowohl analogen als auch digitalen Attacken ausgesetzt sind, denn Mobbing und Cyber-Mobbing treten gerade bei Heranwachsenden in aller Regel gemeinsam auf. Cyber-Mobbing ist in den meisten Fällen ein Werkzeug für bereits bestehendes Mobbing. Deshalb ist es wenig sinnvoll, Mobbing und Cyber-Mobbing getrennt zu betrachten.

Was tun bei (Cyber)Mobbing?

Konflikt ist nicht gleich Konflikt. Deshalb können Methoden, die für die Lösung des einen Konflikts geeignet sind, bei Mobbing schädlich sein und zur Eskalation der Situation beitragen. Da Mobbing immer ein Gruppenphänomen ist, kann es nur durch eine koordinierte systemische Intervention auf mehreren Ebenen umfassend und nachhaltig bearbeitet werden. Zunächst stehen hierbei Deeskalation und das Beenden des schädigenden Verhaltens im Fokus. Besonders wenn das (Cyber)Mobbing auch digital stattfindet, ist zeitnahes und entschiedenes Einschreiten angezeigt, um (weitere) fatale Folgen für das Opfer zu verhindern.

Bis dato beschränken sich Hilfskonzepte fast ausschließlich auf rein präventive Angebote – Interventionsmöglichkeiten fehlen. Doch was tun, wenn es bereits um ausgewachsenes Mobbing geht? Experten in den Arbeitsfeldern Gewaltprävention/-intervention und Medienpädagogik arbeiten bisher eher getrennt voneinander. Mobbing und Cyber-Mobbing treten aber gerade bei Heranwachsenden in der Regel gemeinsam auf. Cyber-Mobbing ist in den meisten Fällen ein Werkzeug für bereits bestehendes Mobbing. Deshalb ist für die Entwicklung professioneller und nachhaltig wirksamer Interventionen Expertenwissen sowohl aus der Gewaltprävention als auch der Medienpädagogik nötig.

Um dieses Vakuum fehlender Hilfskonzepte zu überwinden und die Opfer konkret unterstützen zu können, haben sich das Mehr-Ebenen-Programm Konflikt-KULTUR und die EU-Initiative klicksafe zusammengetan, wechselseitig voneinander gelernt und Neues entwickelt. In der gemeinsamen Veröffentlichung „Was tun bei (Cyber)Mobbing?“ werden gezielt Interventionsmethoden für Cyberattacken und (Cyber)Mobbing vorgestellt.



Erziehung ist eine große Herausforderung. ElternWissen ist eine Schriftenreihe, die Eltern bei ihrer erzieherischen Aufgabe unterstützt. Sie bietet Orientierung zu wichtigen Fragen des Kinder- und Jugendschutzes. Die Ausgabe „Mobbing“ vermittelt Eltern, welches Verhalten sinnvoll und welches eher schädlich ist, wenn ihr Kind Opfer oder Täter/-in im Zusammenhang mit Mobbing wird. Die 2017 erschienene Broschüre „Smartphones“ beantwortet Fragen wie folgende: Wann ist mein Sohn bzw. meine Tochter alt genug für ein Smartphone? Welches Smartphone ist das richtige? Was sollte mein Kind wissen? Welche Regeln sind sinnvoll? Wie kann ich mein Kind vor Gefahren schützen? Wo kann ich Hilfe bekommen?



Das 244 Seiten dicke Handbuch kann über www.klicksafe.de als Printversion bestellt oder unter konflikt-kultur.de/cyber-mobbing.html heruntergeladen werden. Dort gibt es auch Zusatzmaterial für die pädagogische Praxis erhältlich.



Kontakt

Michael Feger, Zweckbetriebsleiter
Telefon 0781 9179-12, m.feger.og@pvd-agj.de

PVD Zweckbetrieb

Der PVD Zweckbetrieb – Produktion, Vertrieb, Dienstleistungen – engagiert sich an sieben Standorten in der Erzdiözese Freiburg für langzeitarbeitslose Menschen. Ziel der Angebote ist, die Teilnehmenden zu beschäftigen, zu qualifizieren und mit ihnen im Laufe einer Beschäftigungsmaßnahme eine neue (berufliche) Perspektive zu erarbeiten. Es werden folgende Arbeitsbereiche angeboten: Secondhandkaufhaus mit Dienstleistungen, Möbelaufarbeitung, Gartenarbeiten, Montagearbeiten, Fahrradwerkstatt, Elektrorecycling, Kreativwerkstätten. In den Secondhandkaufhäusern des PVD Zweckbetriebs werden gebrauchte Waren aufbereitet und wieder verkauft. Dies ist auch ein wertvoller Beitrag zur Schonung von Ressourcen und zum Erhalt der Umwelt.

Beschäftigte

Der PVD Zweckbetrieb beschäftigte 2017 im Jahresdurchschnitt 217 Personen



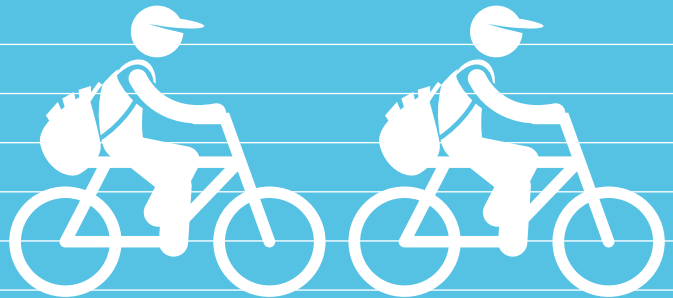
Handwerk- und Dienstleistungsumsätze

Die Leistungserlöse des Zweckbetriebes Handwerk- und Dienstleistungsumsätze) hatten 2017 einen Anteil von 50 % an den gesamten Umsatzerlösen.



Beendete Maßnahmen

2016	2017	
174	137	Planmäßig
66	28	Abbruch durch Maßnahmeteilnehmer/-in
40	12	Abbruch durch Einrichtung
126	103	Beendigung durch Kostenträger
1	12	Sonstige



Bundesprojekt „Soziale Teilhabe“

Ein Zugewinn in 2017/18 sind Maßnahmenplätze aus dem Bundesprojekt „Soziale Teilhabe“ bei der Zweigstelle Waldshut mit 15 und bei der Zweigstelle Offenburg/Kehl mit 12 Plätzen

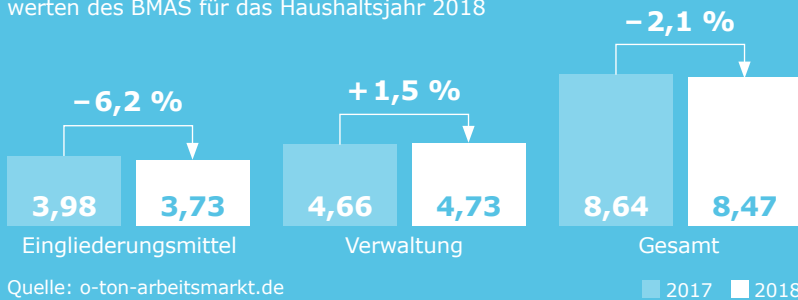


Geschäftsabschluss

Insgesamt schloss der PVD Zweckbetrieb das Geschäftsjahr 2017 mit einem Fehlbetrag ab.

Orientierungswerte für das Haushaltssoll

Jobcenter 2017 und 2018 in Mrd. Euro basierend auf den Orientierungswerten des BMAS für das Haushaltsjahr 2018



0,7%

Aufwendungen 2017

Die gesamten Aufwendungen stiegen in 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 % an.

Gesamtteilnehmendenzahl

2016: 764 Personen | 2017: 699 Personen



Wegfall von Beschäftigungsmaßnahmen

Viele arbeitslose Menschen, die früher an geförderten Beschäftigungsmaßnahmen teilgenommen haben, sitzen nun ohne Beschäftigung zuhause. In der Diskussion um Kürzungen und den Rückgang von Maßnahmen gerät leicht aus dem Blick, dass für diese Maßnahmen eine aufwändige Infrastruktur bereitgehalten werden muss. Beschäftigungsmaßnahmen sind qualifizierte Angebote, die auf die Integration von langzeitarbeitslosen Menschen und den Erhalt bzw. das Erlangen ihrer Arbeitsfähigkeit zielen. Häufig geht es zunächst jedoch mehr um psychosoziale Unterstützung. Denn erst wenn die Betroffenen einigermaßen stabilisiert sind, ist Integration überhaupt denkbar.

Es geht um Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Erwerbstätigkeit ist ein zentrales Element im Zusammenhang mit Teilhabe an unserer Gesellschaft. Erwerbslose Menschen haben erwiesenermaßen ein erhöhtes Risiko für Armut, gesundheitliche Probleme und soziale Isolation. Langzeitarbeitslosigkeit wirkt sich aber nicht nur negativ auf die betroffenen Menschen selbst aus, sondern auch auf deren Familien und insbesondere deren Kinder.

Kürzungen im Eingliederungstitel

Seit einigen Jahren werden weniger Bundesmittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bereitgestellt. Die Haushaltsmittel der Jobcenter reichen oft nicht bis zum Jahresende und werden zurückhaltend für Eingliederungsmaßnahmen budgetiert. Die bereits erfolgten und noch zu erwartenden Kürzungen im Eingliederungstitel erschweren die Integration von langzeitarbeitslosen Menschen in den Arbeitsmarkt. Entsprechende Angebote für langzeitarbeitslose Menschen werden in den kommenden Monaten bzw. Jahren gezwungenermaßen weiter reduziert.

Auch im PVD Zweckbetrieb des AGJ-Fachverbandes kam es zur Reduzierung von Beschäftigungsangeboten, Teilbereichsschließungen und Abbau von Stammpersonal.

Sozialstaatliche Verantwortung

Wohin sollen langzeitarbeitslose Menschen in der gegenwärtigen Situation vermittelt werden? Auf einen ersten Arbeitsmarkt, dem Fachkräfte fehlen? Hier stellt sich die Frage nach der sozialstaatlichen Verantwortung, öffentlich geförderte Beschäftigung für langzeitarbeitslose Menschen vorzuhalten. „Man“ verabschiedet sich hier bewusst aus der Verantwortung für Hunderttausende langzeitarbeitslose Menschen, die auf eine öffentlich geförderte Beschäftigung angewiesen sind.

Der Gesetzgeber muss sich der Verantwortung für langzeitarbeitslose Menschen und deren Familien stellen. Hierzu werden Beschäftigungsmaßnahmen in einer ausgewogenen Trägerstruktur benötigt. Darüber hinaus ist eine langfristig gesicherte finanzielle Unterstützung erforderlich sowie eine höhere Maßnahmenflexibilität, um wirtschaftsnah und im Einzelfall unbefristet mit den betroffenen Menschen arbeiten zu können.



Beschäftigungsmaßnahmen sind qualifizierte Angebote mit den Zielen Erhalt bzw. Erlangen von Arbeitsfähigkeit sowie Integration von langzeitarbeitslosen Menschen. Zunächst geht es jedoch oft erst einmal um psychosoziale Unterstützung, da mit sich die Betroffenen so weit stabilisieren können, dass Integration überhaupt möglich ist.

Helpen Sie uns helfen!

Ehrenamtliches Engagement genießt bei uns einen hohen Stellenwert. In den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern des Verbandes ergeben sich vielfältige Möglichkeiten. Im Bereich Wohnungslosenhilfe gibt es Einsatzmöglichkeiten in der offenen Hilfe (z. B. in Wärmestuben), in der Suchthilfe sind vor allem Ex-User oder „trockene“ Alkohol- und Medikamentenabhängige willkommen. In fast allen Bereichen erhalten Sie eine gründliche Vorbereitung. Während Ihrer Einsätze werden Sie fachlich begleitet (z. B. Fallbesprechungen, Supervision) und sind in Mitarbeitererteams eingebunden. Bei Interesse können Sie sich unter info@agj-freiburg.de oder telefonisch bei den jeweiligen Fachbereichen melden.

Spenden an den AGJ-Fachverband Freiburg

Menschen in wirtschaftlichen und sozialen Notlagen, Menschen in Lebenskrisen, junge Menschen auf dem Weg ins Erwachsenenleben brauchen (neue) Perspektiven. Mit Ihrer Spende helfen Sie uns, Menschen bei diesem Vorhaben zu begleiten und zu fördern.

AGJ-Fachverband e. V.
Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau
IBAN: DE78 6805 0101 0002 0221 58
BIC: FRSP DE66 XXX

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung!





AGJ-Fachverband für Prävention und Rehabilitation
in der Erzdiözese Freiburg e. V.
79102 Freiburg, Oberau 21, Tel. 0761 21807-0
www.agj-freiburg.de

Der AGJ-Fachverband ist Teil der Caritas mit den Aufgabenfeldern Sucht-, Wohnungslosen- und Arbeitslosenhilfe sowie Kinder- und Jugendschutz. Zirka 500 Beschäftigte arbeiten in stationären und ambulanten Einrichtungen und Diensten zur Prävention, Suchtberatung und -behandlung, Wohnungslosenhilfe, Beschäftigungsförderung und Fortbildung.